

21.05.2017 - 14:51 Uhr

Volksabstimmung vom 21. Mai 2017: GastroSuisse reagiert besorgt - Energiegesetz belastet das Gastgewerbe zusätzlich

Zürich (ots) -

GastroSuisse bedauert die Annahme des Energiegesetzes. Dieses bringt Mehrkosten und zusätzliche Auflagen für die gastgewerblichen Betriebe und gefährdet zudem die sichere Stromversorgung.

Das heute vom Volk angenommene Energiegesetz enthält unrealistische und überambitionierte Ziele. Die gastgewerblichen Betriebe werden mit höheren Kosten, weiteren Vorschriften und Abgaben belastet und so in ihrer Wettbewerbsfähigkeit geschwächt. Hinzu kommt, dass Engpässe bei der Versorgung drohen. "Gerade die energieintensiven Restaurations- und Hotelbetriebe sind besonders betroffen: Sie bemühen sich schon jetzt um Energieeffizienz, sind auf Versorgungssicherheit angewiesen und müssen sich auf hohem Kostenniveau im internationalen Wettbewerb behaupten", stellt Casimir Platzer, Präsident von GastroSuisse, fest. "Wir sind nicht gegen die Energiewende, fordern aber eine faire Verteilung der Kosten", hält er fest. GastroSuisse appelliert an die Politik, das Energiegesetz möglichst KMU-freundlich umzusetzen.

Als Mitglied des Komitees "Wirtschaft gegen das Energiegesetz" hat sich GastroSuisse gegen das wirtschaftsfeindliche Energiegesetz ausgesprochen. Für das Gastgewerbe ist eine sichere Stromversorgung unerlässlich; sie darf nicht für unrealistische Umweltziele aufs Spiel gesetzt werden.

GastroSuisse ist der Verband für Hotellerie und Restauration in der Schweiz. Gegen 20'000 Mitglieder, davon rund 2500 Hotels, organisiert in 26 Kantonalverbänden und vier Fachgruppen, gehören dem grössten gastgewerblichen Arbeitgeberverband an.

Kontakt:

Casimir Platzer, Präsident GastroSuisse
Telefon 044 377 53 53, communication@gastrosuisse.ch

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100007695/100802731> abgerufen werden.